

Zahlungsverkehr

Die BaFin warnt

Die Einigkeit Europas ist nicht immer groß, und das Bestreben, größtmögliche Einheitlichkeit herzustellen, damit nicht immer leicht. Das beginnt im ganz Großen mit den spannenden Fragen der Haushaltskonsolidierung der Schuldenländer, möglichen Rettungsalternativen und den ungeklärten Zukunftsfragen einer wie auch immer gearteten Fiskal-, Wirtschafts- oder gar politischen Union. Das geht über ein Level Playing Field bei der Umsetzung der europäischen Vorschriften in nationales Bankenaufsichtsrecht. Und das endet schließlich im Alltag der Verbraucher beim kleinteiligen elektronischen Massenzahlungsverkehr. Am 1. Februar 2014 sind alle Vorbereitungen passé und es beginnt mit der endgültigen Umstellung aller Überweisungen und Lastschriften auf Sepa, den grenzüberschreitend einheitlichen Zahlungsverkehr im Euroraum, ein neues Zeitalter. Doch gut vier Monate vor diesem wahrlich einschneidenden Termin stehen längst noch nicht alle Ampeln auf Grün. Lediglich der deutschen Kreditwirtschaft attestiert die Deutsche Bundesbank als einer der Federführer in diesem Prozess einen guten Stand bei der Umsetzung.

Noch ein wenig Nachholbedarf sehen die Verantwortlichen bei großen Unternehmen und den öffentlichen Verwaltungen, sehr viel Arbeit kommt dagegen noch auf kleine und mittlere Unternehmen und Vereine zu. Ob es überhaupt zu schaffen ist? Allein die deutschen Privathaushalte und Unternehmen – ohne die Banken – führen im kalendertäglichen Durchschnitt fast 49 Millionen unbare Transaktionen mit einem Gesamtwert von 186 Milliarden Euro aus. Im ersten Quartal 2013 wurden gerade einmal knapp neun Prozent aller Überweisungen und weniger als ein Prozent der Lastschriften im Sepa-Format mit IBAN und BIC abgewickelt. In weniger als fünf Monaten müssen dies 100 Prozent sein, sollte sich die EU nicht doch noch auf gewisse Übergangsfristen einlassen. Doch darauf verlassen sollte sich niemand.

Was muss also noch getan werden? Dieser Frage nahm sich die BaFin in diesem Sommer an, und überprüfte die Banken hinsichtlich der Vorbereitung und ob diese „zum Stichtag technisch und organisatorisch in der Lage sein werden, den Zahlungsverkehr in Sepa abzuwickeln“. Sie kommt zu einem ähnlichen Schluss wie ihre Kollegen von der Bundesbank. Es sei davon auszugehen, dass die deutschen Zahlungsdienstleister Sepa-fähig sind. Doch die BaFin wäre nicht die BaFin, wenn sie nicht doch noch etwas zu kritisieren fände – berechtigterweise muss man hinzufügen. Denn die Untersuchung der Bonner Behörde kommt zu dem Schluss,

dass die Banken und Sparkassen über den Umsetzungsstand ihrer Kunden teils nur rudimentäre Erkenntnisse hätten. Mehr als die Hälfte der Institute konnte noch im Sommer dieses Jahres zur Sepa-Fähigkeit ihrer Kunden keine Aussage treffen. Wie aber bitte schön soll der wahrlich anspruchsvolle Umstellungsprozess gelingen, wenn die Verantwortlichen nicht miteinander harmonieren – auch hier könnte man schon wieder den Vergleich zu der ganz großen politischen europäischen Bühne ziehen. Die BaFin „erwartet von den Zahlungsdienstleistern, dass sie einzelne Kunden und Kundengruppen, die Lastschrifteneinreicher sind, gezielt ansprechen und entsprechend unterstützen“. So etwas kann natürlich nicht ohne Widerspruch der Betroffenen bleiben. Banken könnten erst dann sicher feststellen, dass ein Kunde Sepa-ready sei, wenn er auch tatsächlich die Sepa-Verfahren nutze, schreibt beispielsweise der VÖB in seinem aktuellen Zahlungsverkehrs-Newsletter. Und es sei natürlich auch eine Bringschuld der Unternehmen und Vereine, die aktiv für eine reibungslose Sepa-Umstellung zu sorgen hätten.

Der zweite Kritikpunkt der BaFin ist da schon eher echter aufsichtsrechtlicher Natur: Die Zahlungsdienstleister würden die Umstellung häufig zu umfassend auf ihre IT-Dienstleister abwälzen. 93 Prozent der Banken und Sparkassen nutzen laut der Umfrage externe Dienstleister. Sanft weist die BaFin aber darauf hin, dass für den fristgerechten Ablauf des Prozesses und das reibungslose Funktionieren in der Zukunft aufsichtsrechtlich der Vorstand verantwortlich ist. Dagegen ist wohl wenig zu sagen.

Finanzpolitik

Armes Europa

Ein gewisser (finanz-)politischer Stillstand vor wichtigen Parlamentswahlen ist beileibe kein deutsches Spezifikum. Vielmehr gehört es zu den üblichen Abläufen in westlichen Demokratien, zumindest die umstrittenen politischen Vorhaben hinreichend lange vor dem Wählervotum auf den Weg zu bringen. Kurz vor der Abstimmung wollen die Regierungen möglichst keine unkalkulierbaren Wählerbewegungen riskieren. Man mag deshalb bedauern, dass solche Gepflogenheiten selbst in vergleichsweise stabilen Staaten das Denken in den Vier- oder Fünfjahreszyklen zwischen den Wahlen fördert und damit der Tendenz nach die Chancen auf langfristig wirkende Lösungen einschränken. Aber sie lassen einer gewählten Regierung immerhin zumindest eine Legislaturperiode Zeit, die Rahmenbedingungen gemäß ihren Vorstellungen weiterzuentwickeln.

Für die Gestaltung Europas mitsamt eines einheitlichen Finanzmarktes sind diese politischen Bedingungen denkbar ungünstig. Denn hier haben gleich mehrere Parlamentswahlen das Format, die kontinuierliche Arbeit der europäischen Gremien an gemeinsamen Rahmenbedingungen längere Zeit ins Stocken zu bringen. Eine solche Karenzzeit gilt nicht nur vor den Wahlterminen in den großen Staaten. Selbst die Abstimmungen in Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal und Zypern verlangen bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten in Brüssel Rücksichtnahme auf die politische Konstellation in den jeweiligen Ländern. Kurzum: Die wirklich günstigen Zeitfenster für kritische zukunftsweisende Entscheidungen für Europa sind zwischen den Wahlterminen der vielen Mitgliedstaaten enorm kurz.

Im Umkehrschluss bedeutet das mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl für die deutsche Politik beziehungsweise die künftige Bundesregierung einen Aufstau an wichtigen europapolitischen Entscheidungen bis zum Herbst dieses Jahres – von der Verschuldungskrise über die Bankenunion bis hin zu deren indirekten Wirkungen auf die Geldpolitik. Da viele der anstehenden politischen Antworten auf die ungelösten Fragen der wirtschafts- und finanzpolitischen Zukunft Europas erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der europäischen und weltweiten Kapitalmärkte haben, ist es nicht überraschend, dass ein Asset Manager, nämlich die genossenschaftliche Union Investment noch vor der Bundestagswahl auf diese Defizite hingewiesen und ein Zukunftskonzept für Europa angemahnt hat. Alle großen Parteien, so lautet der Vorwurf, richten ihren Wahlkampf zu sehr auf die deutsche Wirtschaft und die hiesige Bevölkerung aus. Faktisch bestimmt aber das Festhalten an der Währungsunion in hohem Maße den Takt der Politik und hat erhebliche fiskalische Auswirkungen. Was Europa der deutschen Politik wert ist und Deutschland bereit ist, für Europa zu tun, wird im Wahlkampf weitgehend ausgeklammert. Eine Fiskalunion wird allenfalls vage als wünschenswertes Ziel für die ferne Zukunft angedeutet und schafft nicht einmal ansatzweise den Sprung unter die Wahlkampfthemen.

So wird der Aufstau an europäischem Regelungsbedarf einmal mehr die ersten Monate der neuen Legislaturperiode schwierig machen, egal welche Regierung sich nach den Wahlen der Verantwortung für die relevanten europäischen Fragen stellen muss. Letztlich sind das alles Auswirkungen der alten Problematik einer Währungsunion ohne politische Union. Dieser erklärte Vorrang für die Nationalstaaten beschränkt die Richtung Europas auf eine pragmatische Politik des (kurzfristig) Machbaren zwischen vielen Wahlterminen – teilweise mit Umwegen und Warteschleifen. Diese Idee von Europa hat zweifellos ihren Preis.

WGZ Bank

Gelebte Kontinuität

Sich bei öffentlichen Auftritten in den Vordergrund zu schieben oder gar auf Effekthascherei abzuführen, gehört nicht zum natürlichen Repertoire von Hans-Bernd Wolberg. Insofern war es für ihn sicher höchst ungewohnt, die Halbjahrespressekonferenz der WGZ Bank mit persönlichen Bemerkungen zu eröffnen. Aber so selbstverständlich und unaufgeregt wie er sich in seiner neuen Rolle als Vorstandsvorsitzender dazu bekannte, weder entscheidend an der strategischen Ausrichtung seines Vorgängers Werner Böhnke rütteln noch den großen Kulturwandel ausrufen zu wollen, wirkte er authentisch. Er demonstrierte dabei selbstbewusst die erwartete Kontinuität im Führungsgremium seines Hauses, zu der er schon seit zehn Jahren als Vorstand beigetragen hat. Und er parierte mit einer großen Gelassenheit auch die obligatorische Frage nach einer Zusammenführung der beiden genossenschaftlichen Zentralbanken. Seit dem Jahre 2009, so seine aktuelle Bewertung zum Stand der Dinge, haben sich die beiden Häuser in einer Reihe von Marktsegmenten wie dem Beteiligungsgeschäft (VR Equitypartner), dem Private Banking (DZ Privatbank) und dem M&A-Geschäft (VR Unternehmerberatung) aneinander gekoppelt und Effizienzgewinne realisiert, die auch den Primärbanken nutzen. Und vor diesem Hintergrund versuchte er erst gar nicht die spannende Fusionsfrage „aus dem Universum zu verdammen“, sondern erwartet sie als natürliche Entwicklung irgendwann wieder auf der Agenda.

Mit Kalkül neu auf die öffentlich diskutierte Tagesordnung genommen hat die WGZ Bank eine Kapitalerhöhung im eigenen Haus. Dieses Thema wird bekanntlich im Zuge der geplanten Kapitalerhöhung des Schwesterinstituts DZ Bank ohnehin in der Gruppe diskutiert. An der Kapitalerhöhung in Frankfurt will sich die WGZ Bank ihren aktuellen Bekundungen nach gemäß ihrem derzeitigen Anteil von 6,7 Prozent beteiligen. Und derweil nutzt die Düsseldorfer Bank die in diesem Zusammenhang bereits laufende Informations- und Aufklärungsarbeit an der genossenschaftlichen Basis für eine Lancierung des eigenen Kapitalanliegens. Ob dieses auch schlagend wird, bleibt derzeit noch offen. Durch die Umsetzung von CRD IV will die Bank für die Zukunft allerdings höhere Kapitalanforderungen nicht ausschließen. Nicht zuletzt den Unsicherheiten einer noch offenen Regelung zur Eigenkapitalunterlegung für Beteiligungen will sie mit einer rechtzeitigen Vorbereitung ihrer Aktionäre begegnen. Die Voraussetzungen dazu werden angesichts des bis zur HV des Jahres 2015 genehmigten Kapitals von 200 Millionen Euro als gut eingeschätzt. Sollten Kapitalmaßnahmen als

zweckmäßig eingestuft werden, hält man sie bei der WGZ Bank binnen eines Zeitraums von einem Vierteljahr für darstellbar. Unter den derzeit noch herrschenden Anforderungen stuft die WGZ ihre Kapitalausstattung als solide ein. So ist das bilanzielle Eigenkapital der Gruppe im ersten Halbjahr dieses Jahres um 5,9 Prozent auf 3,2 Milliarden Euro gestiegen. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 12,7 Prozent. Und die Kernkapitalquote konnte durch eine Reservenstärkung aus dem Jahresergebnis 2012 um einen Prozentpunkt auf 11,4 Prozent erhöht werden, was selbst unter vorgezogener Anwendung der Anforderungen aus Basel III noch 9,5 Prozent ausmachen würde. Das um 14,1 Prozent auf knapp 197 Millionen Euro gestiegene Halbjahresergebnis in der Gruppe war maßgeblich von einer Beruhigung der Staatsschuldenkrise geprägt, die dem Handelsergebnis eine Steigerung von fast 60 Prozent auf 112,1 Millionen Euro bescherte.

Dementsprechend positiv wurde auch die Rolle der Geldpolitik der EZB der vergangenen Monate mit der Draghi-Rede als Ausgangspunkt gewertet. Ein Dilemma lässt sich dabei aber nicht auflösen. Was der Kapitalmarktstabilität in den vergangenen Monaten genutzt und den Banken wenigstens einigermaßen stabile Kapitalmarktverhältnisse gesichert hat, bedeutet für die Sparer derzeit reale Verluste. Dies wird bei der WGZ und anderen Banken zwar sehr wohl mit Bedauern gesehen, aber unter den herrschenden Gegebenheiten mit einer einheitlichen Geldpolitik und einer fehlenden europäischen Fiskalpolitik ist ihnen einstweilen die Kalkulierbarkeit der eigenen Ertragsrechnung wichtiger. Das ist nachvollziehbar. Denn sollte sich das vermeintlich kleinere Übel der Niedrigzinspolitik in Missmut der Sparer und Wähler entladen, trifft der Vertrauensverlust vermutlich erst einmal die Politik und die EZB. Ob das für die Kreditwirtschaft letztlich aber tröstlich sein kann?

Landesbanken

Small is beautiful – Weg zur Unsterblichkeit?

Die Zahlenwerke der jüngst vorgelegten Halbjahresbilanzen dokumentieren unisono einen erfolgreichen Gesundungsprozess und den Weg zur Normalität, den die Landesbanken eingeschlagen haben. Die durch Brüssel aufgezwungene Schrumpfung zeigt offenbar Wirkung. Die Musterschüler werden immer kleiner, profitabler und kapitalstärker. So konnten etwa die LBBW und die Bayern-LB ihr Ergebnis vor Steuern beachtlich verbessern. Die Bayern-LB erzielte mit 719 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2013 nahezu das Fünffache gegenüber der Vorjahresver-

gleichperiode, und die LBBW weist mit 260 Millionen Euro gleichfalls eine respektable Steigerung um nahezu 34 Prozent auf. Doch ob dieser Trend nachhaltig ist und den Landesbanken auf lange Sicht ihre Eigenständigkeit sichern wird, bleibt offen und wird vom Markt entschieden. Schmerzliche Beispiele sind der Marktaustritt der WestLB, die Übernahme ihres Verbundbankgeschäfts durch die Helaba sowie weitere Strukturbereinigungen wie das Stutzen der LBB zur Berliner Hauptstadtparkasse oder die Aufwertung der Deka-Bank zum zentralen Wertpapierhaus.

Die erzwungene Geschäftsstrategie der teils schwer angeschlagenen Landesbanken, die schon zu Beginn der Finanzkrise in nicht unerheblichem Umfang von ihren Trägern und den Steuerzahlern gestützt werden mussten, lautet mit Blick auf Brüssel, bestehende Strukturen weiter zu erhalten. Zur Chefsache erklärt sind alle gebündelten Maßnahmen, die zu einer Reduzierung der Bilanzsumme und Abstoßen des nicht zum Kerngeschäft zählenden Aktivitäten gehören. Natürlich ist es betriebswirtschaftlich nachvollziehbar, wenn von Krisenbranchen wie der Schiffsfinanzierung Abstand genommen und sich auf die Kernaktivitäten besonnen wird. So stammt die erfreuliche Performance mit unterschiedlicher Intensität denn auch aus den klassischen Geschäftsfeldern Firmenkunden, Kapitalmärkte, Immobilien und Sparkassenverbundgeschäft. Sondereffekte wie Gewinne von Ertragsperlen wie der Direktbanktochter DKB bei der Bayern-LB – obwohl nicht konform zum Geschäftsmodell passend – werden dankbar angenommen. Aber auch die Stabilisierung der Finanzmärkte mit der Folge von Wertaufholungen hat ihren Beitrag geleistet.

Auf der anderen Seite ziehen Restrukturierungsprozesse starke Bremsspuren und negative Auswirkungen nach sich. Sie dürfen niemals dem Selbstzweck dienen. Bei weiter drakonischem Abschmelzen der Bilanzsummen besteht bei den Landesbanken die Gefahr des Absinkens zu Regionalbanken. Diese Entwicklung könnte für den Sparkassenverbund und einzelne Mitglieder existenzbedrohlich werden, wenn Landesbanken in noch stärkeren direkten Wettbewerb zu großen Sparkassen vor Ort treten. Verschiedentlich wird das schon jetzt hinter vorgehaltener Hand beklagt. Bei einer weiteren Forcierung dürfte die Kritik aus den eigenen Reihen anschwellen und zu einer Belastungsprobe werden. Was Restrukturierer und die Politik einschließlich Brüssel bislang nicht schaffen konnten, wird aus den eigenen Reihen besorgt: Die überfällige Strukturbereinigung in der Landschaft der Landesbanken. Die Option lautet, dass die Schlagkraft der Landesbankenlandschaft erhöht werden muss.

Bei der Bewältigung der Herausforderung wird mit wenig Schützenhilfe seitens der Aufsicht und Poli-

tik zu rechnen sein. Nach der Wahl wird das Feindbild Banken weiter an Vehemenz zunehmen. Schlagworte wie Bankenunion, Haftungs- und Sicherungsfonds werden vor Landesbanken nicht haltmachen. Marktwirtschaftliche Gleichbehandlung wird die Folge sein, und Sonderbehandlungen dürften weiter reduziert werden. In einem solch negativ geprägten Umfeld wird der Platz für die derzeit acht Landesbanken immer enger. Ungeachtet dessen steht fest, dass der Mittelstand auf eine starke Sparkassen-Finanzgruppe setzt. Das beweist die Zunahme der Marktanteile von Landesbanken und Sparkassen im Firmenkundengeschäft. Immerhin stieg deren Anteil am Kreditgeschäft für Unternehmen und Selbstständige auf nahezu 43 Prozent.

Prof. Dr. Klaus Fleischer, Hochschule München

Produktinformationsblätter

Verständlichere Fachsprache

Die interessierte Öffentlichkeit darf es im aktuellen Wahlkampf gerade wieder einmal geballt am eigenen Leib erfahren: Rhetorisch geschulte Redner (und Schreiber) sind Meister darin, Informationen in ellenlangen Beiträgen versickern zu lassen oder so zu verklausulieren, dass selbst bemühte Rezipienten an ihrer Entschlüsselung scheitern. Das mag einem – gewiss verständlichen – Wunsch nach korrekten Formulierungen entspringen, dem Bemühen, eine emotional aufgeheizte Debatte nicht eskalieren zu lassen oder aber dem Verlangen, sich hinterher nicht an einer allzu konkreten Aussage messen lassen zu müssen. In der Kreditwirtschaft hingegen werden derzeit – wenn auch nicht ganz freiwillig – säulenübergreifende Bemühungen unternommen, die Verständlichkeit von schriftlichen Kundeninformationen zu verbessern. Konkret geht es um die im Jahr 2010 auf Basis einer Selbstverpflichtung eingeführten, seit Juli 2011 jedoch gesetzlich vorgeschriebenen Produktinformationsblätter (Pib). Das Anlegerschutzgesetz schreibt vor, dass diese leicht verständlich sein müssen und alle Angaben zur Funktionsweise des Finanzprodukts, seinen Risiken, Renditechancen und Kosten enthalten sollen.

Verbraucherschützer und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) äußerten in der Vergangenheit Bedenken hinsichtlich der Qualität der Pibs. Eine Studie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) aus dem Jahr 2012 konstatiert, dass zwar fast allen Verbrauchern die Verständlichkeit von Produktinformationsblättern wichtig ist, dass jedoch der damalige Status quo nicht den Erwartungen entspreche: Fachbegriffe und lange, komplizierte Sätze führten zu wenig eingängigen Texten.

Auf Initiative des Ministeriums gründete sich daher im Juli 2012 eine Arbeitsgruppe und im Auftrag der kreditwirtschaftlichen Verbände untersuchte die auf Kommunikation spezialisierte Gesellschaft Exameo 340 Produktinformationsblätter der verschiedenen Produktgattungen – darunter Aktien, Anleihen, Zertifikate, Pfandbriefe. Zunächst wurden potenziell schwierige Begriffe identifiziert.

In der Arbeitsgruppe der Deutschen Kreditwirtschaft mit Beteiligung des Deutschen Derivate Verbandes (DDV), des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv), der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) sowie dem BMELV wurden Begriffe herausgefiltert, die vereinfacht, vereinheitlicht oder zukünftig nicht mehr verwendet werden sollen. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und die BaFin begleiteten die Arbeit der Gruppe.

Das Ergebnis des Prozesses ist ein gelungenes Glossar, das zeigt, dass es durchaus möglich ist, auch komplexe Sachverhalte verständlich auszudrücken. 66 standardisierte Begriffserläuterungen wurden entwickelt, 61 Begriffe festgelegt, die künftig erklärt werden, und 131 Begriffe herausgefiltert, die in der Regel nicht mehr verwendet werden sollen. Mit der Begründung „zu fachspezifisch“ gestrichen wurden beispielsweise der „ausschüttungsfähige Überschuss“, die „Entgeltsimulation“ oder der „Indexdisclaimer“. Schwerpunkt bei der Überarbeitung des Vokabulars waren die Themen Kosten und Risiken. „Hedge“ heißt künftig „Absicherungsgeschäft“, acht verschiedene Bezeichnungen für Anleihen wurden auf zwei reduziert. Der ganze Text zum „Emittentenrisiko“ beispielsweise liest sich in seiner neu erarbeiteten Fassung deutlich runder, denn sechs verschachtelte Sätze wurden durch zwei einfache ersetzt.

Ein Schelm, wer nun schlussfolgert, bisher seien Produktinformationsblätter in manchem Haus lediglich erstellt worden, um formal einem Gesetz Genüge zu tun: Schließlich sind die im Gefolge der Finanzkrise angestoßenen Regulierungsmaßnahmen gerade im Bereich der Anlageberatung zahlreich, ihnen zu entsprechen, verursacht (gerade bei kleinen) Banken und Sparkassen hohen Zeit- und Kostenaufwand. Juristische Korrektheit steht daher aus Sicht der Finanzdienstleister zweifelsohne im Vordergrund, doch auch Verständlichkeit muss ihnen ein Anliegen sein. Unbestritten macht es viel Arbeit, beides miteinander zu kombinieren. Dass Kreditinstitute in ihrem Bemühen um gute Kommunikation mit den Anlegern nun auf die Ergebnisse der Gruppe zurückgreifen können, ist positiv zu werten. Die kreditwirtschaftlichen Verbände werden ihren Mitgliedern empfehlen, die Vorgaben des Glossars bis zum 1. Dezember 2013 umzusetzen.